

ABGEHOLT UND VERSCHWUNDEN

**Erinnerung an deutsche Akademiker,
die während der Nachkriegsjahre in der SBZ/DDR
Opfer für die akademische Freiheit brachten¹**

¹ Durchgesehene Version eines zweiteiligen Aufsatzes von Kurt Reinschke, veröffentlicht in der Zeitschrift „Freiheit der Wissenschaft“, Nr.3 (Sept. 2008), S. 4-10, Nr.4 (Dez. 2008), S. 7-13

Erinnerung an deutsche Akademiker, die in der SBZ/DDR Opfer für die akademische Freiheit brachten.

Teil 1: 1945-1948

Der vorliegende Aufsatz handelt von Geschehnissen nach dem Zusammenbruch des III. Deutschen Reiches auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in der noch jungen Deutschen Demokratischen Republik (DDR), und zwar bis zum Jahre 1953, das in der DDR zum Karl-Marx-Jahr proklamiert wurde und in das Stalins Tod am 5. März und der Volksaufstand im Juni fallen. Es wird an Professoren und Studenten erinnert, die in den Nachkriegsjahren im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands persönliche Opfer für die politische und akademische Freiheit gebracht haben.

Angeregt wurde ich zu dieser Niederschrift durch die Wanderausstellung „Von der Universität in den Gulag¹ - Studentischer Widerstand an den mitteldeutschen Universitäten 1945 -1955“, die vom 15. Mai bis 12. Juli 2008 in der Gedenkstätte zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft am Münchner Platz in Dresden zum Besuch einlud. In den Ausstellungsdokumenten berücksichtigt waren die Universitäten Halle, Jena und Leipzig, die TH Dresden, die Bergakademie Freiberg und die Ingenieurschule Mittweida. Ein ausliegendes Anschriftenverzeichnis nannte 350 Namen von verhafteten Studierenden dieser Lehranstalten.

Die Nachkriegssituation an den ostdeutschen Hochschulen habe ich am Beispiel der Universität Leipzig und der TH Dresden bereits früher - kurze Zeit nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums - im gesellschaftspolitischen Kontext ausführlicher dargestellt² als dies hier möglich ist. Inzwischen, nach der Öffnung der sowjetischen Archive und der offiziellen Rehabilitierung vieler Opfer der Sowjetdiktatur, liegen jedoch umfangreiche neue zeitgeschichtliche Forschungsarbeiten vor, deren Ergebnisse es verdienen, Stück für Stück einer breiteren deutschen Öffentlichkeit mitgeteilt zu werden.

An erster Stelle möchte ich an einen Universitätsprofessor erinnern, den bedeutenden Neutestamentler Ernst Lohmeyer:³ Er wird 1890 als viertes von neun Kindern eines evangelischen Pfarrers in einem westfälischen Dorf geboren. Der vielseitig Begabte studiert in Tübingen, Berlin, Leipzig, Berlin, Erlangen und schließt seine Studien als Lic.theol. und Dr.phil. ab. Seine 1913 beginnende Militärzeit geht in eine vierjährige Kriegsdienstzeit über, an deren Ende der rastlos Schaffende die *venia legendi* in Heidelberg erwirbt. In den 1920er Jahren erlangt er als Professor für Neues Testament in Breslau bald den Ruf eines bedeutenden Theologen. Nachdem er als Rektor der Universität Breslau (1931/1932) aus seiner antinationalsozialistischen Haltung kein Hehl gemacht

¹ Abkürzung für **Г**лавное **у**правление **л**агере**й**, Hauptverwaltung des Straflagersystems in der UdSSR, zu Beginn der 1930er Jahre eingerichtet

² K.J. Reinschke: Bolschewisierung der ostdeutschen Universitäten nach dem Zweiten Weltkrieg, dargestellt am Beispiel der Universität Leipzig und der TH Dresden.S.116-163 in K. Strobel (Hg.): Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert, SH-Verlag 1994 (ISBN 3-89498-009-5)

³ Greifswalder Universitätsreden Nr. 59: In memoriam Ernst Lohmeyer, Greifswald 1991 (ISBN 3-86006-039-2)

und sich noch nach 1933 für jüdische Kollegen verwendet hatte, folgt 1935 die Strafversetzung nach Greifswald, durch ministeriellen Erlass wegen „antinationalsozialischer Haltung und Betätigung“. Ende August 1939 wird der Greifswalder Neutestamentler als Reserveoffizier in die deutsche Wehrmacht einberufen und während der folgenden Kriegsjahre nach Polen, Holland, Belgien und Russland kommandiert. 1943 erreicht die Universität Greifswald seine Entlassung aus dem aktiven Wehrdienst. Im April 1945 trägt Lohmeyer maßgeblich dazu bei, dass sich Greifswald kampflos der Roten Armee ergibt. Die unzerstörte alma mater gryphiswaldensis kann am 4. Mai ihre Arbeit wieder aufnehmen, und Lohmeyer übernimmt am 15. Mai 1945 die Bürde des Rektorenamtes. Der fest in der deutschen Universitätstradition Humboldtscher Prägung verwurzelte Rektor widersetzt sich dem Ansinnen der KPD-Funktionäre und der Sowjetischen Besatzungsmacht, die Universität zu einer ideologisierten Kadenschmiede nach sowjetischem Muster umzugestalten, und er lehnt eine dementsprechende Personalpolitik ab. In der Nacht vor der feierlichen Wiedereröffnung der Universität und Investitur des Rektors am 15. Februar 1946 wird der designierte Rektor in seiner Wohnung verhaftet und verschleppt. Sein Fehlen bei den Eröffnungsfeierlichkeiten erklärt der Greifswalder KPD-Kreissekretär mit den Worten⁴ : „Seine Magnifizenz kann besonderer Umstände wegen nicht teilnehmen“.

Prof. Lohmeyer war und blieb spurlos verschwunden. Alle Bemühungen um Aufklärung - Nachfragen der Familie bei den Behörden, Vorstöße prominenter Gelehrter, Appelle der Landeskirche, ... - fruchteten nichts. Vom Tod des Verschollenen erfuhr seine Familie über die sowjetische Rotkreuzgesellschaft schließlich 1958, in der Phase der ersten vorsichtigen Entstalinisierung und des zeitweiligen ideologischen Tauwetters in der Sowjetunion. Die Todeserklärung, ausgestellt am 6.12.1957 in Moskau, lautete: „Ernst Lohmeyer, verstorben in russischem Gewahrsam am 19. Sept. 1946.“

Erst 1996, fünfzig Jahre nach seinem Tode, brachte ein Rehabilitationsverfahren die Wahrheit ans Licht:⁵ Professor Lohmeyer war auf Grund einer politisch motivierten Denunziation vom sowjetischen NKWD⁶ verhaftet worden. Am 28. August 1946 wurde er vom sowjetischen Militärtribunal des Landes Mecklenburg-Vorpommern nach „Указ 43“ („Erlass 43“) zum Tode durch Erschießen verurteilt. Das Gnadengesuch, das Ernst Lohmeyer am 29. August 1946 geschrieben hatte, scheint nicht einmal ins Russische übersetzt worden zu sein. Am 19. September 1946 wurde das Todesurteil in der Nähe von Greifswald vollstreckt. – 1996 hat ihn die Russische Militärhauptstaatsanwaltschaft rehabilitiert.

In einem Vortrag „Erinnerung an den Vater“⁷ skizziert Grudrun Otto geb. Lohmeyer 1984 ein anrührendes Bild ihres geliebten Vaters. Gegen Ende des Vortrages formuliert die Tochter: „Von Natur aus kein Kämpfer, eher zurückhaltend und schüchtern, entsprach Schreibtischarbeit seinem Wesen. Doch er,

⁴ Wolfgang Otto (Hg.): Freiheit in der Gebundenheit. Zur Erinnerung an den Theologen Ernst Lohmeyer. V&R Göttingen 1990 (ISBN 3-525-53588-0)

⁵ Andreas Hilger (Hg.): Tod den Spionen. Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953. V&R unipress GmbH, Göttingen 2006 (ISBN 3-89971-286-2)

⁶ Abkürzung für **народный комиссариат внутренних дел**, ab 15. März 1946 **министерство внутренних дел**, MWD, ab 1954 **комитет государственной безопасности**, KGB.

⁷ Gehalten am 16. Sept. 1984 zur Namensgebung des Ernst-Lohmeyer-Hauses in Herford; nachgedruckt auf S.36-52 in [Anmerkung 4]

der zeitlebens nach der Wahrheit Suchende, ... , dem die Freiheit des Forschens und Denkens unantastbare Werte waren, fühlte sich verantwortlich, wenn diese Werte in Gefahr waren. ... Natürlich gab ihm dafür ein Rektorat die weitesten Möglichkeiten ... So war das Greifswalder Rektorat zunächst nichts weiter als eine Hilfeleistung für den Wiederaufbau ... Zu dieser Zeit lag alles offen, Willkür wie auch Hoffnung ... Ich bin mir völlig sicher, dass das, was meinem Vater widerfuhr, in dieser Weise auch nur kurze Zeit später nicht mehr möglich gewesen wäre. – Wie ja eben oft in der Geschichte in Umbruchszeiten unerklärbar Entsetzliches geschieht, ohne dass es verhindert werden kann ...“

Die zuletzt zitierten Sätze widerspiegeln eine Sicht, die in den 1980er Jahren der veröffentlichten Meinung in der BRD entsprochen haben dürfte, die aber m.E. die dunklen Hintergründe des Leidensweges von Ernst Lohmeyer nicht zu erhellen vermag.

Dass in der Zeit unmittelbar um das Kriegsende der deutschen Zivilbevölkerung unglaubliches Leid zugefügt wurde, das wird heute nicht mehr verschwiegen oder geleugnet.⁸ 14 Millionen Deutsche wurden aus ihrer angestammten Heimat vertrieben, Flucht und Vertreibung kosteten zwei Millionen Zivilisten das Leben. Historiker schätzen, dass 1,9 Millionen deutsche Frauen am Ende des Krieges Opfer von Massenvergewaltigungen durch Rotarmisten wurden.⁹ Sowjetische Offiziere, die aus menschlichem Anstand der plündernden, schändenden und mordenden Soldateska Einhalt gebieten wollten, wurden von ihren Kameraden verhöhnt und schließlich selbst wegen "Propagierung des bürgerlichen Humanismus", "Mitleid mit dem Feind" und "Untergrabung der politisch-moralischen Haltung der Truppe" angeklagt und von sowjetischen Militärtribunalen zu langjähriger Lagerhaft nach Sibirien verbannt¹⁰.

Unter den Opfern der Umbruchzeit waren natürlich auch deutsche Akademiker. Ich erwähne einen herausragenden Vertreter der Ingenieurmathematik, auf dessen Forschungsergebnissen ich noch Jahrzehnte später in meiner eigenen Forschungstätigkeit aufbauen konnte, den apl. Professor Wilhelm Cauer, der als Sohn eines Geheimen Baurats am 24. April 1900 in Berlin-Charlottenburg geboren wurde. Er war in den letzten Kriegstagen 1945 von einem ländlichen Zufluchtsort der Familie nahe Göttingen mit dem Fahrrad per Anhalter nach Berlin getrampt. Cauer, ein unbewaffneter deutscher Zivilist und Nicht-NSDAP-Mitglied, wurde von Rotarmisten ergriffen und in einem Nachbargrundstück des eigenen zerbombten Hauses in Charlottenburg erschossen. Seiner Ehefrau und Mutter der gemeinsamen sechs Kinder gelang es 7 Monate später, den Erschossenen, der mit acht weiteren Männern in einem Massengrab verscharrt war, zu identifizieren.¹¹

Der Vertriebenen und der anderen Opfer, die im Zusammenhang mit militärischen Handlungen während des Zusammenbruchs des deutschen NS-Reiches

⁸ Andreas Kossert: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. Siedler-Verlag München 2008

⁹ Winfried Halder: Im Teufelskreis der Gewalt. Deutsche Zivilbevölkerung und sowjetische Soldaten 1944/45. Anmerkungen zu neueren Forschungsergebnissen. Deutschland-Archiv 40 (2007), S.815-823.

¹⁰ Lew Kopelew: Aufbewahren für alle Zeit! Aus Ostpreußen in russische Straflager – Ein Sowjetmajor im Widerstand. Gütersloh 1976

¹¹ E. Cauer, W. Mathis, R. Pauli: Life and work of Wilhelm Cauer (1900-1945), Proc.MTNS, Perpignan, France, June 19-23, 2000

stehen, wird in diesem Aufsatz nicht gedacht. Es geht ausschließlich um deutsche Zivilisten in der SBZ und frühen DDR, die von sowjetischen Militärtribunalen (SMT) verurteilt wurden. Diese Verurteilungen können nicht als spontane Reaktionen auf Kriegsereignisse erklärt und damit relativiert werden, und sie sind auch nicht in Übereinstimmung mit Vereinbarungen der Alliierten Siegermächte, sondern sie erfolgten vielmehr zielgerichtet im Dienste der Errichtung und Festigung der Sowjetdiktatur im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands und beschränkten sich keineswegs auf das Jahr 1945, sondern erreichten ihre größeren Ausmaße erst nach 1946, wie die nachstehende Statistik ausweist:

Tab.: Verurteilungen deutscher Zivilisten in der SBZ/DDR durch sowjetische Militärtribunale (SMT) – geordnet nach Jahren¹²

Jahr	Gesamtanzahl	davon Todesurteile
1945	780	245
1946	4286	237
1947	4691	267
1948	4580	0
1949	3582	0
1950	2850	203
1951	1638	500
1952	1127	384
1953	327	61
gesamt	23861	1897

Ich konzentriere mich auf die Schilderung ausgewählter Beispiele aus dem Bereich der akademischen Bildungsstätten. Professor Ernst Lohmeyer wurde zu einem der ersten prominenten Opfer unter den deutschen Hochschullehrern. Die Etappen seines Leidensweges sind durchaus typisch für die ganze Opfergruppe.

Die sowjetischen Militärtribunale (SMT) in der SBZ/DDR haben bis 1955 sowjetische Strafvorschriften im weitesten Umfang gegen deutsche Zivilisten angewendet, ausgehend vom Strafgesetzbuch der Russischen Sowjetischen Föderativen Sozialistischen Republik (StG RSFSR) von 1926. (Eine aufschlussreiche Darstellung der sehr fragwürdigen Rechtsgrundlagen findet der interessierte Leser bei F.-C. Schroeder¹³ und der dort zitierten Literatur.) Nach Bildung der Länder in der SBZ gab es SMT in Berlin und in den fünf Landeshauptstädten Potsdam, Schwerin, Halle, Dresden und Weimar. Daneben arbeiteten noch SMT

¹² A.Hilger, M.Schmeitzer, U.Schmidt (Hg.): Sowjetische Militärtribunale, Band 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945-1955. Böhlau Verlag 2003, insbes. Tab. IIa und Tab. IVa des Anhangs (ISBN 3-412-06801-2)

¹³ F.-C.Schroeder: Rechtsgrundlagen der Verfolgung deutscher Zivilisten durch sowjetische Militärtribunale. S.37-58 in [Anmerkung 12]

in den großen, in der SBZ stationierten sowjetischen Militäreinheiten, die man nach der fünfstelligen Feldpostnummer bezeichnete, vor allem das der „Militäreinheit 48240“ (военная часть 48240). Die einzelnen SMT waren in der Regel mit 3 sowjetischen Militärjuristen besetzt.

Als gesetzliche Grundlagen kamen vor allem die Vorschriften des Artikels 58 über die „Staatsverbrechen“ mit ihren Untergruppen (in Kurzfassung)

Art. 58-1: Vaterlandsverrat

Art. 58-2: Aufstand/Eindringen in die UdSSR

Art. 58-3: Verbindung zu einem ausländischen Staat

Art. 58-4: Unterstützung der internationalen Bourgeoisie

Art. 58-5: Anstiftung zum Krieg

Art. 58-6: Spionage

Art. 58-7: Schädigung

Art. 58-8: Terror

Art. 58-9: Diversion

Art. 58-10: Propaganda

Art. 58-11: Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation

Art. 58-12: Unterlassung einer Anzeige

Art. 58-13: aktiver Kampf gegen die Arbeiterklasse im Zarenreich

Art. 58-14: Sabotage

und die des Artikels 59 über die „Für die UdSSR besonders gefährlichen Verbrechen gegen die Verwaltungsordnung“ zum Tragen.

Bei Verbrechen gemäß Art.58-2 war die Todesstrafe durch Erschießen die Regelstrafe, bei mildernden Umständen Freiheitsentzug nicht unter drei Jahren, verbunden mit Vermögenskonfiskation.

Außerdem wurde für deutsche Zivilisten auch der Erlass des Obersten Sowjets „Über Maßnahmen zur Bestrafung der faschistischen deutschen Übeltäter,...“ vom 14. April 1943, kurz „Указ 43“ (Erlass 43), angewendet. Er wurde nach dem Kriegsende eingesetzt, um die SBZ von erwiesenen oder potentiellen inneren politischen Feinden zu säubern, zum Beispiel zur Liquidierung von Ernst Lohmeyer.

Die Todesstrafe als Höchststrafe wurde durch Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 26. Mai 1947 abgeschafft und regelmäßig durch eine 25-jährige Freiheitsstrafe ersetzt.

Die deutschen Zivilisten, die meist auf Grund einer Denunziation in den Fokus des NKWD resp. MWD oder ihrer deutschen Helfer (Mitarbeiter des Kommissariats „K5“, des MfS (Stasi) oder auch der Volkspolizei) geraten waren, wurden nachts zu Hause, tagsüber auf der Arbeitsstelle oder irgendwo unterwegs unter einem Vorwand ergriffen und ohne Haftbefehl in sowjetischen Gewahrsam verschleppt. Sie blieben dann für ihre Kollegen und Angehörigen auf unabsehbar lange Zeit spurlos verschwunden. Angehörige und Kollegen wurden dadurch bewusst in maßlose Angst versetzt und fürchteten fortan vor allem um das eigene Schicksal. Nur wenige Amtsträger wagten einen Versuch der Aufklärung, weil sie um die eigene Sicherheit fürchten mussten.

Auf der eingangs genannten Ausstellung an der TU Dresden hing die Kopie eines Schreibens vom 12. Januar 1951 aus, gerichtet an

„Se.Magnifizienz

den Rektor der Universität Halle:

Ew. Magnifizienz, hiermit erlaube ich mir als Dekan der medizinischen Fakultät Ihnen die Bitte zu unterbreiten, der Rektor der Universität möge sich auf Grund der Amnestie, die anlässlich des Geburtstages des Staatspräsidenten Wilhelm Pieck¹⁴ beabsichtigt war, dafür einsetzen, dass die inhaftierten Medizinstudenten begnadigt werden.

Es handelt sich in der medizinischen Fakultät – soweit mir bekannt ist – um Dr.med.dent. Herrmann, cand.med. Erich Koller, stud.med. Willi Eckert, stud.med. Dieter Flade, cand.med.dent. Weise, stud.med. Karl Heinz Schott, stud.med. Horst Hennig, stud.med. Werner Eggers.

Ew. Magnifizienz ergebener Dekan Prof. Dr. Kraatz.“

Am 1. 4. 1952 geht wieder ein Schreiben

„An den Herrn Rektor
der Martin-Luther-Universität Halle:

Durch neuerliches mehrfaches Verschwinden von Studenten der medizinischen und der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät sind die Professoren, Dozenten und Assistenten sowie die Studenten aufs äußerste beunruhigt.

Die Unterzeichneten beantragen auf Grund der „vorläufigen Arbeitsordnung der Universitäten“ §24, den Senat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzurufen und die Maßnahmen zu beraten, die für eine Aufklärung und Beruhigung der Angehörigen der Universität geeignet sind.

5 unleserliche Unterschriften per Hand“

Die Voruntersuchungen der Verhafteten oblagen Untersuchungsführern („следователи“) des NKWD resp. MWD. Diesen war ein paranoider Verdächtigungs- und Entlarvungswahn anezogen worden, und sie setzten ihren Ehrgeiz auf die Entlarvung und Liquidierung von Konterrevolutionären in möglichst großer Zahl: unerlaubter Waffenbesitz wurde zur Vorbereitung von Terrorakten und zum gewaltsamen Umsturzversuch, die Verteilung von Flugblättern zur versuchten Machtergreifung und Diversion, ein Arbeitsunfall zur Wirtschaftssabotage, politische Diskussionen unter Bekannten zur antisowjetischen Propaganda und Bildung einer Untergrundbewegung aufgebauscht. Die Untersuchungsführer glaubten, ein Plansoll bei der Unschädlichmachung von „Volksfeinden“ (russisch: враги народа) erfüllen und übererfüllen zu müssen, um so ihren Beitrag zum Aufbau der neuen Gesellschaft und für die Erziehung neuer Menschen zu leisten.

Die Untersuchungsführer erpressten die im Sinne des sowjetischen Strafrechts strafwürdigen Geständnis-Aussagen der Verhafteten durch pausenlose Vernehmung bei nächtelangem Schlafentzug und durch brachialere Mittel (Hunger-, Durst- und Kältefolter, Schläge, Drohungen). Die absichtlich wahrheitswidrig formulierten Protokolle, die auch die angebliche Anwesenheit eines Dolmetschers behaupteten und die die Verhafteten unter Zwang zu unterschreiben hatten, wurden der Militärstaatsanwaltschaft übergeben, die Anklage vor dem Militärtribunal erhob. Die erpressten und frisierten Geständnisse bildeten die Grundlagen der Verurteilung. Die Urteile wurden „im Namen der Union der sowjetischen sozialistischen Republiken“ gefällt.¹⁵

¹⁴ Anmerkung des Verf.: Präsident Pieck hatte am 3.01.1951 sein 75. Lebensjahr vollendet.

¹⁵ A. Hilger: Strafjustiz im Verfolgungswahn. S.95-155 in [Anmerkung 12]

Die zum Tode Verurteilten wurden meist durch Genickschüsse hingerichtet, in der kriegsnahen Zeit irgendwo unter dem Schutz der Dunkelheit in der Nähe von deutschen Ortschaften, in Wäldern oder auf dem Feld, und die Leichen am gleichen Ort verscharrt¹⁶, so wie es bei Professor Lohmeyer der Fall war. Von 1950 bis zum Dezember 1953 wurden die zum Tode verurteilten Deutschen aus der DDR nach Moskau ins Butyrka-Gefängnis gebracht und dort erschossen. Die Leichname wurden im Krematorium des Friedhofs Donskoe verbrannt und ihre Asche dort in ein Massengrab geschüttet.

Die Angehörigen der Hingerichteten erfuhren nichts über deren Schicksal – bis zum Untergang der Sowjetunion. Die russische Bürgerrechtsgruppe „Memorial“ errichtete im Jahre 2005 auf dem Donskoer Friedhof in Moskau einen Gedenkstein.

Gemäß der aus Moskau gegebenen Direktive wurden sogleich nach dem Zusammenbruch des NS-Reiches in der SBZ vier Parteien – KPD, SPD, CDU, LPD – gegründet und bereits im Juli 1945 eine antifaschistisch-demokratische Einheitsfront gebildet. Gemeinsam verpflichteten sich die vier Parteien zur „Herstellung voller Rechtssicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates“ und zur „Sicherung der Freiheit des Geistes sowie zur Achtung vor jeder religiösen Überzeugung und sittlichen Weltanschauung“.¹⁷ Auf der Basis solcher Verheißungen kehrten viele bürgerlich-demokratisch gesinnte Intellektuelle aus äußerer und innerer Emigration zurück und setzten sich mit ganzer Kraft für den Wiederaufbau ein. Trotz schlechtester materieller Bedingungen stürzten sich die Studierenden, nach den Kriegsjahren vom Bildungshunger getrieben, mit Feuereifer in ihre Studien. Nach dem Bankrott der nationalsozialistischen Staatsideologie glaubten sie an eine wahrhaft demokratische Erneuerung des Geisteslebens an den Bildungsstätten. Hochschulautonomie, akademische und studentische Selbstverwaltung schienen wieder gestaltbar. Hinter der Maske der öffentlich proklamierten „Demokratisierung“ in der SBZ setzte sich jedoch die überwunden geglaubte Überwachung des Geisteslebens fort, von vornherein mit der Absicht, bald eine erneute totale Ideologisierung zu erreichen. Weder die Professoren noch die Studenten durchschauten zunächst die sowjetzonale Strategie und Taktik, „eine prinzipienfeste und zugleich elastische Politik durchzusetzen, die darauf gerichtet war, die Intelligenz aus der Partnerschaft mit der Bourgeoisie zu lösen, sie als Verbündete der Arbeiterklasse zu gewinnen und zugleich aus deren Reihen eine neue, junge Intelligenz zu schaffen.“¹⁸

Da 70% der Lehrer an allgemeinbildenden Schulen „Parteigenossen“ der NSDAP waren, wurden in der SBZ vor allem Fabrik- und Landarbeiter, aber auch aus dem Krieg heimgekehrte Abiturienten aufgefordert, „Neulehrer“ zu werden, um nach kurzfristigen Lehrgängen die entlassenen „Pgs“ als Lehrer zu ersetzen.¹⁹

¹⁶ N. Petrov: Die Todesstrafe in der UdSSR: Ideologie, Methoden, Praxis. 1917-1953, S.37-77 in [Anmerkung 12]

¹⁷ W. Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1987, S.357

¹⁸ 150 Jahre TU Dresden. Festschrift. Berlin 1978, S.170

¹⁹ Geschichte der DDR. 4. Aufl., Berlin 1989, S.55

Um möglichst viele Studenten aus dem Industrie- und Landarbeitermilieu zu rekrutieren, verordnete man ab 1946 Immatrikulationsquoten nach der sozialen Herkunft, zum Nachteil der bürgerlichen Studienbewerber.

In Vorstudienanstalten – später als „Arbeiter- und Bauernfakultäten“ (ABF) in die Universitäten integriert²⁰ - wurden Jugendliche aus der „Arbeiter- und Bauernschaft“ zur Hochschulreife geführt und dann ohne weiteres zum Studium zugelassen.

Der Befehl Nr. 333 der SMAD vom 2. Dezember 1946 verlangte die Gründung von drei Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten („Gewifa“) an Universitäten der SBZ. Sie entstanden in Leipzig, Jena und Rostock. Die Studenten der „Gewifa“ wurden von den sowjetzonalen Behörden zum Studium delegiert und sollten (in zunächst zwei Jahren) zur politischen Elite ausgebildet werden. Die Rolle der „Gewifa“ bei der Sowjetisierung der DDR-Hochschulen wird von den arrivierten DDR-Historikern später so beschrieben:²¹

„Die Ausbildung von politisch verantwortungsbewußten und wissenschaftlich-qualifizierten Kadern für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau war für die revolutionäre Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse von erstrangiger Bedeutung. ... Als entscheidende politische und ideologische Kraft innerhalb der SED-Betriebsgruppe hatte die „Gewifa“ ... entscheidenden Anteil an der Zurückdrängung und Zerschlagung des Einflusses der reaktionären Kräfte in der Universitätsleitung, an der Durchsetzung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Kampfpartei an der Universität sowie bei der Demokratisierung des Studentenrates und beim Aufbau der Freien Deutschen Jugend ... Mit der Einführung des Marxismus-Leninismus als obligatorisches Lehrfach für alle Studenten ... erfüllte sich die historische Aufgabe der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät – Bahnbrecher für den Marxismus-Leninismus an der Universität zu sein...“

Die militante Wortwahl bringt es an den Tag: die marxistisch-leninistische Ideologisierung und Heranbildung einer neuen Intelligenz wurde in einem revolutionären Kampf gewaltsam durchgesetzt, in dem zerschlagen wurde, was der historischen Mission des Proletariats, vertreten durch die KPdSU (B) und ihre deutsche Landesgruppe SED, im Wege stand oder zu stehen schien.

Die zu liquidierenden Personen waren in den meisten Fällen alles andere als aktive Nazis.

Auf dem Festakt in der Berliner Staatsoper zur Wiedereröffnung der Berliner Universität am 29. Januar 1946 sprechen für die „Sowjetische Militäradministration in Deutschland“ (SMAD) der sowjetische General Solotuchin, der Präsident der Verwaltung für Volksbildung Paul Wandel und der Vorsitzende der „Studentischen Arbeitsgemeinschaft“ Georg Wrazidlo, ein *candidatus medicinae*.

Wrazidlo war 1917 in Gleiwitz/Oberschlesien geboren worden.²² Auf das Abitur 1937 an einem humanistischen Gymnasium folgte die Arbeitsdienstverpflichtung. Die anschließende Wehrdienstverpflichtung ging in Kriegsdienst über, zunächst in Polen, dann an der Ostfront. 1942 wurde der Oberleutnant zum

²⁰ Der Roman „Die Aula“ (1965) von Hermann Kant schildert die ABF-Verhältnisse wirklichkeitsnah.

²¹ G. Schwendler, U. Feige: Zur demokratischen Neugeburt unserer Universität. Universitätszeitung Leipzig vom 13. Februar 1975, S.5

²² G. Wrazidlo: Handschriftlicher Lebenslauf vom 15. Nov. 1956, eingereicht beim Immatrikulationsausschuß der FU Berlin

Medizinstudium an die Universität Breslau abkommandiert. Im 6. Semester nahm ihn die Gestapo als Mitglied einer studentischen Widerstandsgruppe wegen angeblicher Zersetzung der Wehrkraft fest. Als Polizeihäftling überstellte man ihn im Januar 1945 in das K.Z. Groß-Rosen und das K.Z. Buchenwald. Im April 1945 wurde Wrazidlo als Kompaniechef einer „Bewährungseinheit“ an die bereits in Deutschland verlaufende Westfront geschickt. Wenige Tage vor dem offiziellen Kriegsende übergab er die Kompanie an eine amerikanische Feldeinheit. Nach kurzer amerikanischer Kriegsgefangenschaft in Bayern suchte Wrazidlo nach seiner verschollenen Familie in Oberschlesien und arbeitete einige Monate als Hilfsarzt im Allerheiligen-Spital Breslau. Ende 1945 ging der heimatlos Gewordene zur Weiterführung seines Medizinstudiums nach Berlin und engagierte sich für einen demokratischen Neuaufbau. Wrazidlo trat in die CDU ein und wurde zum ersten Sprecher der Berliner Studentenschaft bestimmt. - Am 1. Mai 1946 protestierte er gemeinsam mit etwa 30 Mitgliedern der „Studentischen Arbeitsgemeinschaft“ schriftlich gegen das Hissen von roten Fahnen auf Universitätsgebäuden, weil dies mit der politischen Neutralität der Berliner Universität nicht zu vereinbaren sei. Wrazidlo wurde von der Zentralverwaltung für Volksbildung fristlos seiner Funktion als Studentensprecher enthoben, blieb aber der studentischen Antisowjetisierungsopposition verbunden.

Die erste Verhaftung von Studierenden durch den sowjetischen Geheimdienst in Berlin traf meines Wissens eine junge Frau, die 21-jährige Pharmaziestudentin Gerda Rösch. Sie wollte sich am 8. März 1947, also am „Internationalen Frauentag“, mit einem Bekannten im Foyer eines Ostberliner Theaters treffen. Statt des Bekannten kamen zwei Herren in Zivil, die sie den Organen des MWD zuführten. Gerda Rösch wurde im Juni 1948 vom SMT in Berlin-Lichtenberg wegen Bildung einer „Untergrundbewegung an der Berliner Universität“ zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und in den Haftanstalten Bautzen und Hoheneck bis zum September 1956 gefangen gehalten.

Eine Woche später, am 13. März 1947, wurde der abgesetzte Studentensprecher Wrazidlo bei einem vereinbarten Treffen mit einem Hallenser Kommilitonen im Westberliner Café Kranzler von MWD-Leuten in ein Auto gezerrt und nach Ostberlin in sowjetischen Gewahrsam gebracht.²³

Am gleichen Tage wurden 15 weitere Studenten der Berliner Universität arretiert. Zu den Festgenommenen gehörte Manfred Klein (1925-1981), Mitglied des am 6. Februar 1946 gewählten Studentenrats. Schon vor 1945 in der katholischen Jugend aktiv und kurzzeitig von der Gestapo verhaftet, war Klein 1945 der CDU beigetreten und widersetzte sich nun als Kulturreferent im Zentralrat der FDJ²⁴ der zunehmend repressiv werdenden totalitären sowjetischen Ideologisierung.

Am 13. Dezember 1948 verurteilte das SMT in Berlin-Lichtenberg Wrazidlo und Klein wegen „Spionage“ (Art.58-6 des StG RSFSR) jeweils zu 25 Jahren Lagerhaft.²⁵

Georg Wrazidlo wurde zuerst im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen, später in Bautzen und im Zuchthaus Brandenburg-Görden gefangen gehalten. Im Oktober 1956 wird ihm eine „bedingte Strafaussetzung unter Auferlegung einer

²³ S.385 in [Anmerkung 12]

²⁴ Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) wurde im März 1946 als einheitliche, antifaschistisch-demokratische Jugendorganisation gegründet.

²⁵ M.Klein: Jugend zwischen den Diktaturen 1945-1956, Mainz 1968

zweijährigen Bewährungsfrist“ gewährt. Er flieht im November 1956 nach Berlin(West) und schließt sein Medizinstudium an der Freien Universität ab. Am 3. August 1959 endet das Leben des Assistenzarztes Dr.med. Wrazidlo durch einen Verkehrsunfall, dessen Hintergründe nicht aufgeklärt wurden.

Auch Manfred Klein blieb bis 1956 inhaftiert. Er hat später über sein Schicksal in seinem Buch „Jugend zwischen den Diktaturen“ berichtet, seine Rehabilitierung durch die Russische Militärhauptstaatsanwaltschaft im Jahre 1994 aber nicht mehr erlebt.

Die Leipziger Studentenschaft wurde am 11. Sept. 1947 von der ersten Verhaftungswelle erfasst. Werner Ihmels, Horst Krüger, Wolfgang Weinoldt, Luise Langendorf u.a. wurden verhaftet. Der Theologiestudent Werner Ihmels, 1926 als Spross einer bekannten Leipziger Theologenfamilie geboren – sein Großvater C.H. Ihmels war der erste sächsische Landesbischof – , engagierte sich als Verbindungsmann der Sächsischen Landeskirche zur FDJ. Im Mai 1947 war es zu harten Auseinandersetzungen zwischen ihm und dem FDJ-Vorsitzenden Erich Honecker über die Einschränkungen der Glaubens- und Gewissensfreiheit in der SBZ gekommen. Am 2. Dezember 1947 wurde Werner Ihmels unter Ausschluss jeder Öffentlichkeit vom SMT am Münchner Platz in Dresden wegen „Spionage“ und „illegaler Gruppenbildung“ (Art.58-6 und Art.58-11 des StG der RSFSR) zu einer 25-jährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Er starb am 25. Juni 1949 im sowjetischen Speziallager Bautzen infolge der extremen Haftbedingungen. – 1995 wurde die Gruppe Ihmels von der Russischen Militärhauptstaatsanwaltschaft rehabilitiert.

Die linientreuen DDR-Historiker berichteten später mit selbstgefälligem Stolz von einer grundlegenden Entscheidungssituation im Sommer 1948 ²⁶:

„ ... die Entwicklung der SBZ als Bestandteil des sozialistischen Weltsystems ... oder gesellschaftliche Restauration... das Ringen um die Alternative war eine Klassen- und Machtfrage...

Als wichtigste Aufgabe betrachtete der Parteivorstand die beschleunigte Entwicklung der SED ...“zur Partei neuen Typus“... Dabei kam es vor allem darauf an, die ganze Partei mit dem Leninismus und den sowjetischen Erfahrungen vertraut zu machen und bei allen Parteimitgliedern ein klassenmäßiges Verhältnis zur KPdSU (B) und zur Sowjetunion herzustellen ... Insbesondere an Hochschulen und Universitäten verschärfen sich die ideologischen Auseinandersetzungen...“

Ab Juni 1948 waren deutsche Zeitungen, die in den westlichen Besatzungszonen gedruckt wurden, in der SBZ nicht mehr erhältlich. Die Informationsgewinnung aus westlichen Medien war untersagt, die Informationsverbreitung musste sich deshalb konspirativer Formen bedienen.

Wo der ‘geduldigen marxistisch-leninistischen Überzeugungsarbeit‘, wie die SED-Funktionäre es selbst zynisch nannten, der Erfolg versagt blieb, ließ man die Besatzungsmacht mit Gewalt und Terror nachhelfen, um so die noch nicht Überzeugten mundtot zu machen. Zu Ihnen gehörte der Leipziger Studentenratsvorsitzende Wolfgang Natonek (1919-1994).

²⁶ S.97 in [Anmerkung 19]

Der Sohn des Schriftstellers Hans Natonek, der 1933 aus Deutschland emigrierte, war in der Nazizeit zum Staatenlosen erklärt und während des Krieges zur Zwangsarbeit verpflichtet worden. Nachdem Wolfgang Natonek bemerkt hatte, dass das Bespitzelungssystem der Nazis in der SBZ sogleich fortgesetzt und erneut zum systemtragenden Herrschaftsinstrument gemacht wurde, engagierte er sich als aktiver Liberaler. 1947 war er zum Vorsitzenden des Leipziger Studentenrates und in den Landesvorstand der LDP(D) gewählt worden. Mit der Gabe überzeugender Rede ausgestattet vermied er jede Provokation der Machthaber, wenn er Kritik an den Immatrikulationsrichtlinien und den Ideologisierungsabsichten der SED übte. Diese Klugheit und seine allgemein bekannte politische Vorgeschichte schienen Natonek persönlich zu schützen. Trotz Warnung durch die sowjetischen Machtorgane kandidierte er im Frühjahr 1948 erneut zum Vorsitzenden des Studentenrates und gewann die Wahlen haushoch. Kurz vor den Wahlen zum 3. Studentenrat, in der Nacht vom 11. zum 12. November 1948, verhafteten ihn MWD-Leute beim Betreten seines Wohnhauses.

Der Mathematikstudent Gottfried Berger, Kassenwart des Leipziger Studentenrates von 1947/48, schildert 1951 – nach seiner Flucht in den Westen – die Situation wie folgt.²⁷

„Mit ihm (d.h. Natonek) verschwanden etwa 20 Parteifreunde, fast ausschließlich Studenten. Wenige Tage später wurde die LDP(D)-Hochschulgruppe verboten. Es folgten Tage völliger Kopflosigkeit. Versuche der verbliebenen Studentenratsmitglieder, zusammen mit dem Rektor Schritte zur Aufklärung des Verschwindens Natoneks zu unternehmen, blieben erfolglos. Eine ständige Unsicherheit lähmte jede Arbeit.“

Im März 1949 wurde Natonek klammheimlich von einem SMT wegen „Unterlassung einer Anzeige“ (Art.58-12 StGB RSFSR) zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Der Historiker Karl-Heinz Blaschke (geb. 1927) hatte mir in den 1960er Jahren in vertraulichen Gesprächen von seinem Kommilitonen Wolfgang Natonek erzählt, selbstredend unter dem Siegel der Verschwiegenheit. Seitdem hatte ich den legendären Studentenratsvorsitzenden als Vorbild für aufrecht-demokratisches Verhalten verehrt. Bis 1990 glaubte ich, er sei ein Opfer der Sowjetisierung geworden und nicht mehr am Leben. Es gehört zu meinen schönen und unvergessenen Erlebnissen nach der „Wende“ - man sollte präziser vom Zusammenbruch des Sowjetsystems sprechen - , mich mit Herrn Natonek und seiner Frau in ihrer Wohnung in einem Vorort von Göttingen unterhalten zu dürfen. Er stellte mir sein Buch „Ihr aber steht im Licht“²⁸ vor und ließ nicht unerwähnt, wie schwer es gewesen war, dafür Anfang der 1960er Jahre einen Verleger zu finden. Später, in den 1980er Jahren, hätten es die großen überregionalen deutschen Zeitungen sogar abgelehnt, einen ehrenden Nachruf zu veröffentlichen, in dem auf die stalinistischen Verbrechen, die ein verstorbener Mithäftling erlitten hatte, hingewiesen wurde. Herr Natonek schilderte den beschämenden Opportunismus der westdeutschen Printmedien anhand der Vita eines aufrechten deutschen Professors für Gerichtsmedizin.

²⁷ G. Berger: In tyrannos. Die Sowjetisierung der Hochschulen ... PZ-Archiv, Heft 4 (1951), Abschnitt „Terror“. Quelle: Universitätsbibliothek Münster i.W., Z Qu 1250.

²⁸ K. Pförtner, W. Natonek: Ihr aber steht im Licht. Eine Dokumentation aus sowjetischem und sowjetzonalen Gewahrsam. Verlag Fritz Schlichtermayer, Tübingen a.N., MCMLXII

Seinerzeit war ich froh darüber, einen an das beispielhafte Wirken des Leipziger Studentenratsvorsitzender der ersten Nachkriegsjahre erinnernden Aufsatz²⁹ in der BFW-Zeitschrift publizieren und dazu beitragen zu können, dass der Studiendirektor Wolfgang Natonek auf der Grundlage von § 57 des Sächsischen Hochschulerneuerungsgesetzes am 19. Oktober 1992 durch den Sächsischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst auf einem akademischen Festakt im Neuen Gewandhaus zu Leipzig mit dem Titel eines Professors geehrt wurde.

Die Studierenden der ersten Nachkriegsjahre in der SBZ waren gewiss keine wirklichkeitsfernen Träumer, sondern sie lebten hellwach und wussten sehr wohl um die Gefährdungen aufgrund unzureichender Anpassung. Sie waren sich darüber im Klaren, von Spitzeln und Denunzianten beobachtet zu werden und dass dem Machtsystem „verdächtig“ Gewordene nachts oder unterwegs „abgeholt“ wurden und sich dann deren Lebensspur im Dunklen verlor. Die jungen aufrechten Demokraten strebten auch keine Märtyrerkrone an. Deshalb entzogen sich viele einer befürchteten Verhaftung durch die Flucht in den „Westen“. Auch Werner Ihmels war sich nach den Streitgesprächen im Zentralrat der FDJ bewusst, dass für ihn die Zeit gekommen sei, seine Vaterstadt Leipzig zu verlassen. Er wollte sein Studium in Göttingen fortsetzen. Diese Absicht wurde von einem Denunzianten verraten, und Ihmels wurde bei der Abreise auf dem Leipziger Hauptbahnhof von MWD-Leuten ergriffen. – Jahrzehnte später wurde der LDP(D)-Spitzenpolitiker Manfred Gerlach (geb. 1928 in Leipzig) – seit 1944 Justizangestellter mit Mittelschulabschluss, 1946 Mitbegründer der FDJ und 1947 Mitglied des Beirates für Jugendfragen beim Zentralverband der LDP(D), schließlich 1990 letzter Staatsratsvorsitzender der DDR – beschuldigt, die Gruppe Ihmels und weitere Personen beim MWD denunziert zu haben. Ein Verfahren beim Berliner Kammergericht wegen des Verdachts der Beihilfe zur Freiheitsberaubung mit Todesfolge in 14 Fällen wurde wegen Verhandlungsunfähigkeit des Beschuldigten im Jahre 2000 eingestellt, ebenso ein Verfahren vor dem Landgericht Leipzig wegen Verjährung im Jahre 2002.

Der Exodus von Professoren und Studenten aus der SBZ nahm 1948 immer größere Ausmaße an. Die Berliner Universität - von 1828 bis 1946 trug sie den Namen Friedrich-Wilhelms-Universität, zu Ehren des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III, der ihre Gründung 1810 angeordnet hatte - lag nach der Sektorenteilung Berlins im sowjetischen Sektor. Ihr kehrten so viele Studenten und Dozenten aus politischen Gründen den Rücken, dass die aus dem „demokratischen Sektor“ Geflohenen 1948 eine neue Universität in Berlin(West) eröffnen konnten. Sie erhielt eine betont körperschaftliche Verfassung und den programmatischen Namen „Freie Universität Berlin“. Die sowjetische Seite reagierte und taufte die in ihrem Machtbereich liegende Berliner Universität 1949 um in „Humboldt-Universität zu Berlin“ - nachdem der Humboldtsche Genius loci aus den alten Gebäuden vertrieben worden war.

1948, als der Leipziger Student Wolfgang Natonek spurlos in den Fängen des sowjetischen MWD verschwand, ging eine Entwicklungsetappe in der SBZ zu Ende, die mit dem Verschwinden des Greifswalder Rektors Ernst Lohmeyer ihren Anfang genommen hatte. 1945, nach der totalen Kapitulation des deutschen NS-

²⁹ K. Reinschke: 25 Jahre Zwangsarbeit „wegen Unterlassung einer Anzeige“. Z. Freiheit der Wissenschaft, Juni 1992, S. 4-12

Reiches, hatten die meisten geläuterten Deutschen an die Möglichkeit eines demokratischen Neuanfangs geglaubt. Das Tor zu einem hoffnungsvollen Neubeginn schien offen. Lohmeyers Tochter Gudrun sprach noch 1984 davon. Doch dieser Glaube stellte sich in der SBZ schon bald als ein fataler Irrglaube heraus. In der SBZ war die Zukunft zu keinem Zeitpunkt offen. Von Anfang haben die Geheimdienste der Besatzungsmacht und ihre deutschen Helfer – an ihrer Spitze die im Moskauer Exil geschulten deutschen Kommunisten – systematisch an der Errichtung der totalitären Sowjetdiktatur gearbeitet. In den Lehrbüchern des DIAMAT wird sie als „Diktatur des Proletariats“ bezeichnet, die infolge der angeblich objektiven historischen Gesetzmäßigkeiten als Übergangsperiode zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaftsordnung objektiv notwendig sei.

Erinnerung an deutsche Akademiker, die in der SBZ/DDR Opfer für die akademische Freiheit brachten.

Teil 2: 1949 - 1953

Der erste Teil dieses Aufsatzes erinnerte an die Errichtung der Sowjetdiktatur in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) während der ersten Nachkriegsjahre – bis zur Verhaftung des liberalen Leipziger Studentenratsvorsitzenden Wolfgang Natonek durch den sowjetischen Geheimdienst (MWD) gegen Ende des Jahres 1948.

Eine ebenso beeindruckende Persönlichkeit unter den jungen Liberalen der Nachkriegszeit wie Wolfgang Natonek in Sachsen war Arno Esch (1928-1951) in Mecklenburg-Vorpommern. Er stammte aus Memel in Ostpreußen und ließ sich 1946 in Rostock als „stud.iur. et rer.pol.“ immatrikulieren und wurde Mitglied der LDP(D) und der FDJ. Der asketisch wirkende, rhetorisch hochbegabte Student war sehr einflussreich innerhalb der Studentenschaft, wurde bald Landesjugendreferent der LDP(D) und rückte bis in den Zentralvorstand der LDP(D) auf. Im Nebenamt arbeitete er als Redakteur der parteieigenen „Norddeutschen Zeitung“.

Den angehenden Juristen bewegte die künftige staatsrechtliche Struktur Deutschlands. Der 20-jährige schrieb Veröffentlichungen zur „Frage der Vereinbarkeit einer Dreiteilung der Staatsgewalt in Legislative, Exekutive und Gerichtsbarkeit und insbesondere der Errichtung eines Staatsgerichtshofes mit dem Prinzip der Volkssouveränität“³⁰, wohl wissend, dass in den Länderverfassungen der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) von Gewaltenteilung keine Rede war. Er hatte die Absicht, über Fragen der Verfassungsgerichtsbarkeit zu promovieren. Hinter verschlossenen Türen erläuterte er politischen Freunden sein Konzept einer „Radikal-Sozialen Freiheitspartei“, die dann zur Wirkung kommen sollte, wenn nach dem Abzug der Roten Armee auf dem Gebiet der SBZ eine freie Parteienbildung möglich würde. Die SED-Landesjustizabteilung sah in dem unerschrockenen und klugen cand.jur. Arno Esch „als Wissenschaftler und ebenso als Richter eine Gefahr“. Kurz nach der Gründung der DDR, am 19. Okt. 1949, wurde Esch mit einem Dutzend weiterer Liberaldemokraten von Angehörigen der „K5“³¹, der deutschen politischen Polizei in der SBZ, verhaftet und den sowjetischen Sicherheitsorganen (MWD) übergeben.³²

Im Juli 1950 erfolgte die heimliche Verurteilung durch das Sowjetische Militärtribunal Nr. 48240 nach Artikel 58-2, 58-6 Abs.1, 58-10 Abs.2 und 58-11 des StGB der RSFSR zum Tode mit Vermögenskonfiskation. Das erstinstanzliche Urteil wurde durch das Militärkollegium des Obersten Gerichts in Moskau aufgehoben. Im April/Mai 1951 lief ein zweiter Prozess vor einem Sowjetischen Militärtribunal (SMT) in Moskau. Für Arno Esch endete er mit einem erneuten Todesurteil. Es wurde am 24. Juli 1951 in Moskau vollstreckt - zwei Wochen vor den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten, die im August 1951 als Jubelveranstaltung des internationalen Stalinismus in Ostberlin inszeniert wurden.

³⁰ Arno Esch: Verfassungsgerichte und Volkssouveränität“, Norddeutsche Zeitung, Schwerin, 15. Jan. 1949

³¹ Anmerkung des Verf.: Das „Kommissariat 5“ war die deutsche politische Polizei in der SBZ, Vorgänger des 1950 eingerichteten Staatssicherheitsdienstes der DDR

³² H. Köpke, F.-F. Wiese: Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch. Hinstorff Verlag Rostock 1990 (ISBN 3-356-00373-9)

Beim Vorgehen gegen die Studentengruppe um Arno Esch sind zwei juristische Aspekte besonders hervorzuheben. Zum einen war zur Zeit der Festnahme die DDR bereits gegründet, und Artikel 10 der DDR-Verfassung schrieb zwingend vor: „Kein Bürger darf einer auswärtigen Macht ausgeliefert werden.“

Zum anderen war zu diesem Zeitpunkt auch nach den sowjetischen Strafgesetzen die (im Mai 1947 abgeschaffte) Todesstrafe nicht zulässig.

Am 12. Januar 1950 wurde die Todesstrafe in der Sowjetunion für „Vaterlandsverräter, Spione, Schädlinge und Diversanten“ (Art.58-1, 58-6, 58-7, 58-9 StGB der RSFSR) wieder eingeführt und mitunter rückwirkend angewendet. Diese Verschärfung der sowjetischen Strafgesetze hängt vermutlich mit der 1949 von Stalin und Berija inszenierten „Leningrader Affäre“ (Ленинградское дело)³³ zusammen. Da die sowjetische Führung ihren Satellitenstaat DDR in vieler Hinsicht gleichsam als „Deutsche Sowjetrepublik“ behandelte, verhängte man die Todesstrafe folglich auch gegen politische Gefangene aus der DDR, gegen die Gruppe um Arno Esch sogar rückwirkend.

Von den Mitangeklagten Eschs wurden auch Gerhard Blankenburg (1923-1951) sowie Heinrich Puchstein (1923-1951) im ersten und zweiten Prozess zum Tode verurteilt und am 24. Juli 1951 in Moskau erschossen.

Karl-Heinz Neujahr (1928-1951) wurde im ersten Prozess zum Tode verurteilt, war während des zweiten Prozesses in Moskau nicht mehr vernehmungsfähig und ist am 2. Juni 1951 in der Haft verstorben. Als Todesursache wurde хронический туберкулез легких, d.h. chronische Lungentuberkulose, im Jahre 1998 beurkundet.

Reinhold Posnanski (1924-1951) und Kurt Kieckbusch (1927-1951) wurden im ersten Prozess im Juli 1950 zu 25 Jahren verurteilt, in einem zweiten – wiederum vor dem SMT 48240 in Berlin – am 23. November 1950 aber zum Tode. Beide hat man am 29. März 1951 in Moskau erschossen.

Franz-Friedrich Wiese (geb. am 29.06.1929) wurde im ersten Prozeß zu 25 Jahren verurteilt, in einem zweiten Prozeß am 23. November 1950 vom SMT 48240 zum Tode. Zur Urteilsvollstreckung wurde er nach Moskau verbracht, dort aber im März 1951 zu 25 Jahren Lagerhaft „begnadigt“. Als Sträfling musste er schwerste körperliche Arbeiten in Taischat, Omsk, Karaganda und Swerdlowsk verrichten. Nach dem Staatsbesuch des deutschen Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer in Moskau, der im September 1955 in langen schwierigen Verhandlungen mit der sowjetischen Führung viel für Deutschland erreichte, wurde Wiese im Dezember 1955 in die Bundesrepublik Deutschland entlassen. Er hat in den Folgejahren sein Chemiestudium in Bonn fortgesetzt.³⁴

Friedrich-Franz Wiese kämpfte nach seiner Heimkehr lange Jahre um eine Rehabilitierung seines Freundes Arno Esch. Am 22. August 1961 teilte das sowjetische Rote Kreuz dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes mit, dass Esch am 24.07.1951 "in der UdSSR verstorben" sei. In seinem Schreiben an den Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, vom 4.

³³ Zwischen der Moskauer Zentrale der KPdSU(B) und der Leningrader Parteileitung gab es seit der Ermordung des Leningrader ZK-Sekretärs Kirow im Jahre 1934 Machtkämpfe. 1949 verschwanden die Leningrader Spitzenfunktionäre Wosnessenski, Kusnezow, Rodionow, Popkow u.a. von der Bildfläche. Man brauchte eine gesetzliche Grundlage, um sie zum Tode zu verurteilen. Um Zuge dieser „Säuberung“ verloren circa 2000 Leningrader Parteiarbeiter ihre Posten, etwa 200 landeten im GULag.

³⁴ Weitere Angaben zu den Rostocker Verurteilten finden sich im Internet unter www.gulag.memorial.de

Dezember 1988 schreibt Wiese: "Wie ich bereits erwähnte, habe ich die politischen Überzeugungen Arno Eschs geteilt und war mit ihm persönlich befreundet. Er war weder ein Spion noch der Anführer einer Guerilla-Truppe. Trotz seiner Jugend war er ein Intellektueller, Politiker und liberaler Pazifist. Seine Rehabilitierung ist der letzte Freundschaftsdienst, den ich ihm erweisen kann." Erst jetzt, als infolge von перестройка (perestrojka = Umbau, Neustrukturierung) und гласность (glasnost' = Öffentlichkeit, Offenlegung) die trügerischen Fundamente des Sowjetsystems mehr und mehr zu Tage traten, konnten die Bemühungen des Freundes erfolgreich sein:

Am 19. Juli 1990 erfolgte die Aufhebung der Urteile vom 26. Mai 1951 gegen Esch, Blankenburg und Puchstein wegen Fehlens eines Straftatbestandes und die vollständige Rehabilitierung der Verurteilten durch das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR.³⁵ Die Rehabilitierung von Neujahr, Posnanski, Kieckbusch und Wiese folgte ein paar Monate später, am 17. Mai 1991. Das war wenige Wochen vor dem Moskauer Putschversuch sowjetischer Funktionäre, der im August 1991 den Kollaps der Sowjetunion und ihrer staatstragenden bolschewistischen Partei KPdSU (B) beschleunigte. Das Gesetz der Russischen Föderation „Über die Rehabilitierung von Opfern politischer Repressionen“ vom 18. Oktober 1991 setzte den juristischen Schlussstein der politischen Sowjetjustiz gegen Deutsche.

Von den bisher genannten Opfern der Sowjetisierung der SBZ gehörte niemand der SED an. Es waren demokratisch gesinnte aufrechte Menschen, die aus christlicher oder liberaler Überzeugung handelten und sich darum den totalitären Ansprüchen der neuen Machthaber nicht beugten. Ausnahmslos mit einem regulären Abitur ausgestattet besaßen sie alle eine sehr gute Allgemeinbildung humanistischer Prägung. Wie stand es aber um 1950 mit der Erziehung der „neuen“ jungen Intelligenz?

Die Neulehrer, die Arbeiter- und Bauernstudenten, die über Vorstudienanstalten zum Studium gekommen waren, und insbesondere die „Gewifa“-Studenten waren in ihrer überwiegenden Mehrzahl Mitglieder der SED, die seit 1948 keinen Zweifel daran ließ, eine bolschewistische „Partei neuen Typus“ zu sein. Die FDJ erklärte sich selbst unverhohlen zum Juniorpartner des „Komsomol“³⁶ in der Sowjetunion, der dort 1918 als Kaderreserve der KPdSU (B) gegründet worden war. Der Anteil der FDJ-Mitglieder unter den Studenten der Universität Leipzig stieg von 47% im Jahre 1949 auf 90 % im Jahre 1950 an.³⁷

Die kommunistischen Führer forderten nicht nur Gehorsam, sondern auch Jubelbekundungen der Massen und demonstrative Begeisterung für sich und ihre Maßnahmen: Am 21. Dezember 1949 feiert die „ganze fortschrittliche Menschheit“ den 70. Geburtstag von Josef Wissarionowitsch Stalin, des „Generalissimus“, des „größten Genius unserer Epoche“, des „Vaters aller Werktätigen“, ... Auch alle Werktätigen der DDR, alle Schüler und Studenten jubeln mit. Die Huldigungsrede des DDR-Staatspräsidenten Wilhelm Pieck in der Berliner Lindenoper wird auf allen Sendern des „demokratischen“ Rundfunks

³⁵ Zitat aus der Rehabilitierungsbescheinigung: „Приговор военного трибунала Московского военного округа от 26 мая 1951 года в отношении Эш Арно отменен и дело прекращено за отсутствием состава преступления. Эш Арно по данному делу полностью реабилитирован.“

³⁶ Akronym von Всесоюзный Ленинский **К**оммунистический **С**оюз **М**олодежи, dem Leninschen Kommunistischen Jugendverband in allen Sowjetrepubliken

³⁷ Anmerkung des Verf.: Später, in den 1970er und 1980er Jahren, wurde in vielen offiziellen Studierendokumenten der Terminus „FDJ-Student“ als Synonym für „DDR-Student“ verwendet.

ausgestrahlt.

Eine Gruppe von Schülern der Karl-Marx-Oberschule des Städtchens Altenburg in Thüringen aber versucht, mit einem selbst gebastelten Sender, der über ein paar Kilometer Reichweite verfügt, von einem Dachboden aus die Übertragung des Festaktes zu stören. Die Sicherheitsorgane fahnden nach den Mitgliedern und Sympathisanten der Gruppe. Einige können in den Westen fliehen, die anderen werden im März 1950 gefasst und den sowjetischen Sicherheitsorganen ausgeliefert. Die Widerstandsgruppe „Anti-Koninform“ um den Neulehrer Wolfgang Ostermann an der Altenburger Karl-Marx-Oberschule³⁸ hatte nicht nur die Rundfunkübertragung der Festveranstaltung zu Stalins 70. Geburtstag gestört, sondern auch Klebezettel mit einem aufgemalten „F“, dem Anfangsbuchstaben von „Freiheit“, verteilt, hatte den RIAS³⁹ gehört und Kontakte zur „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU)⁴⁰ in Berlin(West) aufgenommen.

19 Mitglieder der Altenburger Gruppe werden im Mai 1950 von dem Sowjetischen Militärtribunal in Weimar verurteilt. Zwei Neulehrer, Wolfgang Ostermann, geb. am 18.11.1928, und Siegfried Flack, geb. am 31.01.1929, und ein Schüler, Hans-Joachim Näther, geb. am 9.12.1929, werden zum Tode durch Erschießen verurteilt. Alle drei werden in Moskau hingerichtet, Ostermann und Näther am 12. Dezember 1950, Flack am 15. Dezember. Dem Schüler Ludwig Hayne, geb. am 1.09.1931, gelang die Flucht nach Berlin(West). Er lernte weiter an der Wirtschaftsoberschule Berlin-Charlottenburg. Am 20. Juli 1950 wird er jedoch von DDR-Staatssicherheitsleuten in Berlin(West) gekidnappt, in das Gefängnis der Volkspolizei am Alexanderplatz verbracht und von dort an den sowjetischen Geheimdienst MWD ausgeliefert. Das Weimarer SMT verurteilt den Schüler am 21. Februar 1951 zum Tode durch Erschießen. Das Urteil wird am 28. April 1951 in Moskau vollstreckt. Er ist neunzehn Jahre alt.

Ich möchte an den in Teil 1 zitierten Brief des Dekans der Medizinischen Fakultät an den Rektor der Martin-Luther-Universität Halle vom 12. Januar 1951 anknüpfen. Das Schicksal der dort genannten Hallenser studentischen Widerstandsgruppe wurde von Mitarbeitern des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden im Detail erforscht und die Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.⁴¹ Eine wirklichkeitsnahe Vorstellung über die Details und Ausprägungen der totalitären Gewaltherrschaft, wie sie die Hallenser Studentengruppe beispielhaft durchlebt und durchlitten hat, gewinnt der interessierte Leser aus zwei Büchern^{42, 43}, die

³⁸ Internet-Eintrag „Altenburger Oberschule“ der Bundeszentrale für politische Bildung.

³⁹ Der RIAS (Radio im amerikanischen Sektor) Berlin – „Eine freie Stimme der freien Welt“ – war ein Instrument der amerikanischen Informationspolitik und wurde von vielen deutschen Familien in der SBZ/DDR regelmäßig heimlich gehört, um eine realistischeres Bild über das Zeitgeschehen zu gewinnen.

⁴⁰ Die KgU war 1948 in Berlin(West) als antikommunistische Widerstandsgruppe gegründet worden. Ursprünglich verstand sie sich als Suchdienst für Menschen, die in der SBZ vom sowjetischen Geheimdienst als Gegner der Besatzungsmacht und der Sowjetisierung verhaftet oder verschleppt worden waren.

⁴¹ K.-D. Müller, J. Osterloh: Die Andere DDR. Eine studentische Widerstandsgruppe und ihr Schicksal im Spiegel persönlicher Erinnerungen und sowjetischer NKWD-Dokumente. Dresden 1995 (ISBN 3-931648-03-6)

⁴² J. Foitzik, H. Hennig: Begegnungen in Workuta. Erinnerungen, Zeugnisse, Dokumente. 2. Aufl., Leipziger Universitätsverlag 2003 (ISBN 3-936522-26-X)

⁴³ K.-P. Graffius, H. Hennig: Zwischen Bautzen und Workuta. Totalitäre Gewaltherrschaft und Haftfolgen. Leipziger Universitätsverlag 2004 (ISBN 3-937209-76-X)

authentische Zeugnisse und persönlichen Berichte zusammenfassen. Hier soll als Beispiel nur der Lebensweg des im Rektorbrief genannten stud.med. Horst Hennig skizziert werden: Als Sohn eines Drogisten 1926 im Mansfelder Land geboren wechselt er nach dem Tode der Mutter mit 14 Jahren vom Mansfelder Luther-Gymnasium zur Heeresunteroffiziersvorschule im sächsischen Marienberg. Nach 15-monatiger amerikanischer Kriegsgefangenschaft kehrt er im Sommer 1946 heim in die SBZ, ohne Angst vor den „Russen“, da der Krieg ja nun aus sei und ein normales Leben beginnen könne. Er besucht die Hallenser Vorstudienanstalt, wird Mitglied der FDJ und der SED, besteht das Abitur im Februar 1948, wird im April 1948 im ersten vorklinischen Semester immatrikuliert und widmet sich mit Wissensdurst und großem Fleiß dem fachlichen Studium – so wie die meisten Studierenden der Nachkriegsjahre, trotz aller materiellen Not.

Die von den Machthabern in der SBZ angestrebte „Diktatur des Proletariats“ hat auch für die Arbeiter-und-Bauern-Studenten, die als SED-Genossen zur Avantgarde des Neuen, zum Kern einer „neuen“ jungen Intelligenz bestimmt sind, praktische Konsequenzen, die denkende junge Menschen nur schwer ertragen: Leseverbot bürgerlicher Zeitungen und bürgerlicher philosophischer oder auch schöngeistiger Literatur,
Hörverbot westlicher Rundfunksendungen,
Bekennnis zum Marxismus-Leninismus als der einzig wissenschaftlichen Weltanschauung,
„Kritik und Selbstkritik“ als Hauptform des Kampfes des Neuen mit dem Alten, unkritisches Wiederkäuen von pseudowissenschaftlichen Fakten der Sowjet-Biologie,
Unterzeichnung von Grußbotschaften an den großen Stalin,
ständige Angst, durch unvorsichtige Äußerungen als „Feind“ der Sowjetunion oder der Arbeiter- und Bauernmacht entlarvt zu werden,
Bespitzelung durch Kommilitonen, ...

Es nimmt nicht wunder, dass auch die ABF-Studenten insgeheim in kleinen Gruppen mit vertrauenswürdigen Kommilitonen diese Missstände beklagten. Solche Gruppen bildeten sich spontan an allen DDR-Universitäten. Einige Gruppen nahmen sich die Weiße Rose, die bekannte Münchener studentische Widerstandsgruppe gegen die NS-Diktatur um Hans und Sophie Scholl, zum Vorbild und wollten die aufoktroierten Umstände nicht einfach hinnehmen. Besonders Mutige verteilten heimlich Flugblätter. Die Klebezettel mit dem Buchstaben „F“ für „Freiheit“ wurden im Zusammenhang mit der Altenburger Schülergruppe schon erwähnt. Es gab auch anspruchsvollere Codes. So war bei den Studentenratswahlen Anfang 1950 in Leipzig häufig zu lesen „Jes.41,24“.⁴⁴ Der damit angesprochene Bibelvers lautet:

„Siehe, ihr seid aus nichts, und euer Tun ist auch aus nichts; und euch wählen ist ein Greuel.“

1950 gab es für die Studentenräte nur noch eine von einem „Zentralen Wahlausschuss“ angefertigte Liste der „Kandidaten der Nationalen Front“. Die Festnahme der Hallenser Gruppe mit Horst Hennig erfolgte im Zusammenhang mit den dortigen Studentenratswahlen.

⁴⁴ Aus Abschnitt „Die demokratischste aller Wahlen“ in [Anmerkung 27]

Hennig, der sich gerade auf eine Nachtwache in der Chirurgie vorbereitete, öffnete seine Wohnung am 10. März 1950 gegen 22 Uhr einem deutschen Lockvogel, wurde dann von zwei Sowjets mit Maschinenpistolen überrumpelt und zur sowjetischen MWD-Dienststelle in Halle gefahren. Damit verschwand er für seine Angehörigen spurlos, bis er im Dezember 1953 erstmals eine Postkarte (aus Workuta in der Sowjetunion, nördlich des 67. Breitengrades) als Lebenszeichen an seine Familie schicken durfte. (Die Universitätsverwaltung hatte ihn bereits am 15.06.50 wegen „Nichtrückmeldung“ aus den Studentenlisten gestrichen.)

Am 18. September 1950 war Hennig von dem SMT in Halle für schuldig (nach Artikel 58-6, 58-10 und 58-11 des StG RSFSR) befunden, zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und danach nach Workuta verfrachtet worden.

Die Fakultät erfuhr davon nichts, wie aus dem Schreiben des Dekans Kraatz vom 12. Januar 1951 hervorgeht. Übrigens muss man das Schreiben des Gynäkologen Prof. Dr. Helmut Kraatz (1902-1983) als Zeugnis einer bemerkenswerten Zivilcourage werten, denn allein die Nachfrage nach den Verschwundenen konnte mit unvorhersehbaren Konsequenzen für den Fragesteller verbunden sein.

Als Beleg sei ein Beispiel genannt⁴⁵: Horst Hennig traf auf dem wochenlangen Gefangenentransport von Berlin-Lichtenberg nach Workuta mit dem Berliner Unternehmer Alfred Groth (1907 – 1976) zusammen. Dieser wurde Anfang 1950 wegen einer Nachfrage bei der sowjetischen Besatzungsbehörde SAMD über den Verbleib seines älteren Bruders festgenommen und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Workuta ist eine seit 1931 von Zwangsarbeitern erbaute Stadt, etwa 200 km nördlich des Polarkreises gelegen, gegenüber der Halbinsel Новая Земля (Neues Land). Die Strafgefangenen wurden ausschließlich als billige Arbeitskräfte für die sowjetische Planwirtschaft gebraucht. Unter den russischen Strafgefangenen befanden sich viele Akademiker höheren Ranges, die dem Aufsichtspersonal geistig weit überlegen waren. Ideologische Schulungen konnten daher entfallen. Wer von den Gefangenen die Arbeitsnorm nicht erfüllte, bekam weniger zu essen. Wer gar nicht mehr konnte, der starb. Daher bedeutete eine Strafe von 25 Jahren Arbeitslager zu Stalins Lebzeiten de facto ein Todesurteil. Horst Hennig arbeitete in dem Lager 10, Schacht 29. Er überlebte den Gefangenenaufstand nach Stalins Tod, bei dessen Niederschlagung Anfang August 1953 fünf Dutzend Strafgefangene erschossen wurden.

Nach dem Staatsbesuch von Bundeskanzler Adenauer in Moskau kam auch der Hallenser Medizinstudent Horst Hennig frei – offiziell einer der „spät heimkehrenden deutschen Kriegsgefangenen“. Er wurde am 15. Dez. 1955 nach Berlin (West) repatriiert, aber erst im Oktober 1992, d.h. nach dem Untergang der Sowjetunion, wurden Horst Hennig und seine Hallenser Kommilitonen in Moskau rehabilitiert.

In einem 2008 erschienenen Buch⁴⁶ gibt Herr Dr.med. Horst Hennig, seit 1983 pensionierter Generalarzt der deutschen Bundeswehr, eine authentische Schilderung des Arbeitslagers am Polarkreis. Die kommentierte bebilderte Biographie der unschuldig verurteilten deutschen Zivilisten und der anderen in Workuta

⁴⁵ Vgl. S. 259 in [Anmerkung 46]

⁴⁶ W. Hederer, H. Hennig (Hg): Schwarze Pyramiden, rote Sklaven. Der Streik in Workuta im Sommer 1953. Bonn 2008 (ISBN 978-3-89331-847-6)

handelnden Personen, die im Anhang des Buches zusammengestellt ist, sagt dem Leser viel mehr als es lange Berichte vermöchten.

Ab 1949 sammelte sich um den Studenten Herbert Belter an der Leipziger Universität eine kleine Gruppe demokratisch gesinnter Studenten. Belter, geb. am 21.12.1929, hatte die Vorstudienanstalt in Rostock mit dem Abitur im Juli 1949 verlassen und im Oktober 1949 einen Studienplatz an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät („Gewifa“) in Leipzig erhalten. Auch Herbert Belter und seine Kommilitonen stießen sich an der geistigen Bevormundung und zunehmenden Ideologisierung im Universitätsalltag. Sie erstellten und verteilten 1950 auf dem Gelände der Universität Flugblätter, die sich gegen die bevorstehenden undemokratischen ersten Wahlen zur Volkskammer der DDR am 15. Oktober 1950 richteten. Diese sollten nämlich nicht, wie in Art. 51 der Verfassung von 1949 vorgeschrieben, "nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts" stattfinden, sondern als sogenannte Blockwahl mit einer Einheitsliste und zuvor festgelegter Sitzverteilung. Gegen diesen offensichtlichen Verfassungsbruch protestierten die Mitglieder der Gruppe mit Flugblättern und systemkritischen Publikationen. Neben selbst verfassten wurden auch Flugblätter des RIAS verteilt und Informationen über die politischen Repressionen im sowjetisch beherrschten Teil Deutschlands an den RIAS geliefert.

In den ersten Oktobertagen 1950 wurden Belter und neun seiner Mitstreiter von der deutschen Volkspolizei verhaftet und dem sowjetischen Geheimdienst überstellt. Die Belter-Gruppe wurde am 20. Januar 1951 vom SMT 48240 verurteilt.

Herbert Belter, angeklagt nach Art. 58-6, 58-10 und 58-11 StG RSFSR, wurde zum Tode durch Erschießen verurteilt. Ihm soll vor allem zum Verhängnis geworden sein, dass er im Sommer 1950 den Journalisten Gerhard Löwenthal (1922-2002), einen der studentischen Mitgründer der „Freien Universität Berlin“, in Berlin(West) besucht hatte. Löwenthal war seinerzeit Redakteur der RIAS-Sendereihe „Studenten haben das Wort“.

Das Urteil gegen Belter wurde vom Obersten Gericht der UdSSR bestätigt, und Belters Gnadengesuch vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR abgelehnt. Das Urteil ist am 28. April 1951 in Moskau vollstreckt worden.

Gegen die Mitglieder der Belter-Gruppe wurden folgende Urteile verhängt:

Otto Bachmann (geb.1930, nach Art.58-10, 58-11 verurteilt zu 25 Jahren Zwangsarbeit),

Ehrhardt Becker (geb.1930, nach Art.58-10, 58-11 verurteilt zu 25 Jahren Zwangsarbeit),

Peter Eberle (nach Art.58-10, 58-11 verurteilt zu 25 Jahren Zwangsarbeit),

Rolf Grünberger (geb.1929, nach Art.58-10, 58-11 verurteilt zu 25 Jahren Zwangsarbeit),

Werner Gumpel (geb.1930, nach Art. 58-6, 58-10, 58-11 verurteilt zu 25 Jahren Zwangsarbeit),

Günther Herrmann (geb.1931, nach Art. 58-10, 58-11 verurteilt zu 25 Jahren Zwangsarbeit),

Siegfried Jenkner (geb.1930, nach Art. 58-6, 58-10, 58-11 verurteilt zu 25 Jahren Zwangsarbeit),

Karl Miertschischk (geb.1929, nach Art. 58-6, 58-10, 58-11 verurteilt zu 25 Jahren Zwangsarbeit),
 Hans-Dieter Scharf (geb.1930, nach Art. 58-10, 58-11 verurteilt zu 10 Jahren Zwangsarbeit).

Weil es für Bürger in einem demokratischen Rechtsstaat so schwer begreiflich ist, dass im Sowjetsystem missliebig gewordene Staatsbürger unerwartet „verschwanden“ und fortan auch aus dem Gedächtnis ihrer Mitbürger getilgt sein sollten, sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass weder die Leipziger Universität noch die Angehörigen der Verurteilten etwas über den Strafprozess und die gefällten Urteile erfuhren.

In der eingangs erwähnten Ausstellung an der TU Dresden hing die Kopie eines Antwortbriefes der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei an die Mutter von Ehrhardt Becker aus. Unter dem 26. Juni 1953 – also fast drei Jahre nach der Festnahme durch die Volkspolizei – wird der Mutter in einem Dreizeiler lakonisch mitgeteilt: „Über Ihren Sohn sind keine Unterlagen vorhanden.“ Becker war der einzige Nichtstudent der Gruppe, ein Tischlergeselle aus Bad Lausick. Nach seiner Entlassung aus dem sowjetischen Arbeitslager kehrte Becker in seine Heimat zurück und übernahm 1963 als Tischlermeister die elterliche Tischlerei. Der selbständige Handwerksmeister und „amnestierte“ Feind des Sowjetsystems dürfte es unter den Produktionsverhältnissen der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR nicht leicht gehabt haben.

Wenn die Verurteilten nach 1953 früher oder später frei kamen, so ließen sich manche sogleich in die BRD repatriieren. Verurteilten, die aus dem Gulag in die DDR heimkehrten, wurde wiederum Ungeheuerliches zugemutet, wie aus den Ausstellungsdokumenten zu entnehmen war. So wurde Rolf Grünberger nach der Einstellung im Chemiewerk Lauta zum „GI“ (Geheimer Informant) der DDR-Staatssicherheit angeworben, und zwar mit der Absicht, ihn als Spitzel in den „Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen“ in Berlin(West)⁴⁷ einzuschleusen.

Die meisten der in die DDR heimgekehrten Studenten flüchteten nach kurzer Zeit in die BRD, setzten ihr Studium dort fort und erreichten, vergleichbar Generalarzt Dr. Horst Hennig, nicht selten führende Positionen im Berufsleben: Hans-Dieter Scharf erhielt einen Lehrstuhl für Chemie an der RWTH Aachen, Werner Gumpel wurde Ordinarius für Wirtschaft und Gesellschaft Südosteuropas an der LMU München. Werner Eggert wurde 1960 in Hamburg mit der Note „Sehr gut“ promoviert und wirkte von 1966 bis 1996 als Internist mit eigener Praxis in Salzgitter. Siegfried Jenkner widmete sich als Professor für Politikwissenschaft vor allem der Totalitarismusforschung. Im Jahre 2003 erschien seine kommentierte Bibliographie der Gulag-Publikationen.⁴⁸

⁴⁷ Der im Herbst 1949 gegründete **Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen** (UFJ) war ein deutscher Menschenrechtsverein, der seinen Vereinssitz in Berlin-Zehlendorf hatte und die sich der Aufdeckung rechtsstaatswidriger Verhältnisse in der DDR widmete. Er sammelte systematisch Zeugenaussagen zu Menschenrechtsverletzungen in der DDR und erteilte davon Betroffenen rechtliche Unterstützung. Im RIAS wurden in regelmäßigen Abständen vom UFJ zusammengestellte Listen mutmaßlicher Stasi-Spitzel verlesen.

⁴⁸ S. Jenkner: Erinnerungen politischer Häftlinge an den Gulag, Berichte und Studien Nr. 41 des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden 2003 (ISBN 3-931648-45-1)

Leser, die sich eingehender mit der Thematik des vorliegenden Aufsatzes beschäftigen wollen, sei dieses Buch von Prof. Jenkner wärmstens empfohlen, denn in diesem Aufsatz konnte ich ja nur einen sehr kleinen Teil der vielen Studenten und Dozenten, die zu Opfern der Sowjetisierung auf deutschem Boden wurden, namentlich erwähnen. Bei allen Nichtgenannten möchte ich mich dafür entschuldigen, dass das ihnen zugefügte Unrecht und das erduldeten Leid in meiner Darstellung nicht gewürdigt wurden.

Seit 2004 wurden im Rahmen des internationalen Projektes „Erschossen in Moskau ...“ die Biografien von etwa 1000 deutschen Zivilisten recherchiert, die zwischen 1950 und 1953 von Sowjetischen Militärtribunalen in der DDR zum Tode verurteilt und in Moskau erschossen wurden. Unter den Hingerichteten waren 60 Frauen und 288 Jugendliche.⁴⁹

Zum Schluss möchte ich über den deutschen Akademiker sprechen, an dem m.W. zum letzten Male ein Todesurteil durch die sowjetischen Instanzen in der DDR verhängt und in Moskau vollstreckt wurde, den Rechtsanwalt Dr.iur. Walter Linse, geb. 1903 in Chemnitz. Er arbeitete nach dem Kriege bei der Industrie- und Handelskammer Chemnitz, zuletzt als Hauptgeschäftsführer.

Dr. Linse floh im Juni 1949 nach West-Berlin und nahm 1950 eine Arbeitsstelle beim „Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen“ (UFJ) an, wo er Gewerbetreibende aus der DDR in Enteignungsfragen beriet. 1951 wurde er Leiter der Wirtschaftsabteilung beim UFJ.

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR ließ ihn am 8. Juli 1952, morgens um 7.22 Uhr, in Berlin-Lichterfelde, wenige Meter von seinem Wohnhaus Gerichtsstraße 12 entfernt, von gedungenen Verbrechern kidnappen.⁵⁰ Den Tathergang schildert der Wikipedia-Eintrag so: „Ein MfS-Mitarbeiter bat ihn um Feuer. Als Linse in seiner Aktentasche suchen wollte, versetzte er ihm Faustschläge. Ein anderer Geheimdienstmann packte ihn von hinten und zog den sich heftig wehrenden Linse in einen als Taxi getarnten Opel. Linse wurde dabei ins Bein geschossen. Ein Lieferwagenfahrer versuchte vergeblich, das Auto zu rammen. Die Kidnapper entkamen mit hoher Geschwindigkeit über die Grenze des amerikanischen Sektors ...“

Dieser brutale Menschenraub erregte damals großes Aufsehen. Am übernächsten Tag fand eine Protestkundgebung zur Freilassung Linses vor dem Rathaus Schöneberg in Berlin statt, an der 25.000 Menschen teilnahmen. Ernst Reuter, der Regierende Bürgermeister von Berlin, appellierte an das Weltgewissen – doch die Machthaber im „demokratischen Sektor“ von Berlin störte das wenig.

Bis zum 3. Dezember 1952 blieb Linse im Stasi-Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen inhaftiert. Dann wurde er an den sowjetischen Geheimdienst in Berlin-Karlshorst übergeben. Dort wurde er Verbrechen gemäß Art.58-6, 58-7, 58-10 und 58-11 beschuldigt. Das SMT 48240 fällte am 23. September 1953 in Berlin das folgende Urteil:

⁴⁹ A. Roginskij, F. Drauschke und A. Kaminsky (Hg.): "Erschossen in Moskau ..." Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950-1953, 3. vollst. überarb. Aufl., 480 S., Berlin 2008 (ISBN 978-3-938690-14-7)

⁵⁰ S. Mampel: Entführungsfall Dr. Walter Linse – Menschenraub und Justizmord als Mittel des Staatsterrors. Berlin 1999 (ISBN 3-934085-02-2)

„LINSE, Walter Ernst, wird auf der Grundlage der Art. 58 - 60 mit 10 Jahren Freiheitsentzug und Arbeitslager bestraft. Darüber hinaus verhängt das Gericht gemäß Art. 58-6 Abs.1 des Strafgesetzbuches der RSFSR die Höchststrafe – Tod durch Erschießen – bei Einzug der Vermögenswerte, welche der Verurteilte bei seiner Verhaftung mit sich führte.“

Linses Kassationsbeschwerde vom 24. September und sein Gnadengesuch blieben erfolglos. Am 15. Dezember 1953 gab der Vorsitzende des Militärkollegiums des Obersten Gerichtshofes der UdSSR den Befehl, das Urteil unverzüglich zu vollstrecken. Dr. Linse wurde am gleichen Tag in Moskau erschossen, der Leichnam verbrannt und seine Asche in einem Massengrab auf dem Donskoer Friedhof bestattet.

1961 wurde die Gerichtsstraße in Berlin-Lichterfelde, auf der der Menschenraub 1952 geschah, in Walter-Linse-Straße umbenannt.

Am 8. Mai 1996 unterschrieb der Kommissarische Leiter der Abteilung Rehabilitation der Militärhauptstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation eine „Bescheinigung über die Rehabilitation“. Eine Kopie der Bescheinigung kann man sich auf S. 85 in [Anmerkung 50] ansehen: Ein schmuckloses Formular wurde mit einer ausgeklapperten Schreibmaschine ausgefüllt, und es macht Mühe, den entscheidenden Satz zu entziffern: На основании ст.3 п.“а“ Закона РФ „О реабилитации жертв репрессий“ от 18 октября 1991 г. гражданин/ка/ Линзе Вальтер-Эрих реабилитирован/а.⁵¹

Das Jahr 1953, an dessen Ende Dr. Walter Linse in Moskau hingerichtet wurde, bietet sich gut für eine Zwischenbilanz der Erfolge des Sowjetisierungsprozesses an den Universitäten der DDR an.

Der Tod Stalins am 5. März bedeutete eine einschneidende Zäsur in der Geschichte des ganzen Sowjetimperiums. Ein wesentliches Ereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte war der Volksaufstand, der am 16. Juni von Bauarbeitern in Ostberlin ausging und sich am 17. Juni spontan auf 272 Städte und Ortschaften der DDR ausweitete. Im gleichen Jahr, in dem sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung in diesem Arbeiteraufbegehren entlud und in dem mehr als 330 000 DDR-Bürger den Ausweg aus ihrer Bedrängnis in der Republikflucht suchten, war von öffentlichkeitswirksamen geistigen Auseinandersetzungen an den Universitäten nichts mehr zu spüren. Sie schienen befriedet, im Sinne einer Friedhofsruhe.

Mit der II. Hochschulreform kam ab 1951 das sowjetische Hochschulmodell, das in der Sowjetunion in den 1930er Jahren installiert wurde, auch in der DDR zum Tragen.⁵² Studentenräte gehörten nach 1951 einer vergangenen, angeblich

⁵¹ Dt.Übers.d.Verf.: Auf der Grundlage von Art.3 Pkt.“a“ des Gesetzes der RF „Über die Rehabilitation der Opfer von Repressionen“ vom 18. Oktober 1991 wurde der Bürger/die Bürgerin Walter-Erich Linse rehabilitiert.

⁵² Die II. Hochschulreform ordnete ein einheitliches Zehnmonate-Studienjahr an, das am 1. September beginnt und auch Zeit für obligatorische Arbeits- und Ernteeinsätze sowie militärische Ausbildungslager planbar macht, das nach festen Stundenplänen mit mehr als 30 Wochenstunden abläuft und grundsätzlich Anwesenheitspflicht vorsieht. Alle Studienrichtungen gemeinsam ist ein dreijähriges obligatorisches Marxistisch-Leninistisches Grundstudium (mit den drei Teilen M/L-Grundlagen, POLÖK, DIAMAT) und obligatorischer Russisch-Unterricht.

„überwundenen“ Epoche an. Von akademischer Selbstverwaltung war keine Rede mehr. Die SED-Hochschulpolitik wird von nun an in einem Staatssekretariat für Hochschulwesen formuliert. Die neuen Machtverhältnisse lassen sich schlaglichtartig durch zwei Briefe verdeutlichen, die der Kommunist und Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski⁵³ im Juli 1951 an den mächtigsten Mann in der DDR, den SED-Generalsekretär Walter Ulbricht schrieb:

„Lieber Walter!

Wie man mir sagte, hat mich das Staatssekretariat für Hochschulwesen zum Rektor für die Humboldt-Universität zu Berlin an das Sekretariat des ZK⁵⁴ vorgeschlagen. Ich möchte Dir nur sagen, dass ich, wenn die Partei zustimmt, diese Funktion sehr gerne übernehmen würde ...“

Als Kuczynski auf Grund seiner jüdischen Herkunft – im Zusammenhang mit den damaligen stalinistischen Kampagnen gegen den Zionismus und den Kosmopolitismus der Juden – selbst unter Druck geriet, übte er unterwürfig Selbstkritik und legte sein weiteres Schicksal demütig in Ulbrichts Hand:

„Du hast in den letzten 15 Jahren all meine Funktionen bestimmt, und ich hoffe, dass es so bleiben wird. ... Selbstverständlich werde ich jede Entscheidung, die Du fällst, ohne Diskussion als die richtige hinnehmen und dementsprechend handeln!“⁵⁵

Der SED-Generalsekretär entscheidet sich gegen den jüdischen Altkommunisten und fleißigen marxistischen Wissenschaftler als künftigen Rektor – zugunsten eines Altnazis.

Nach der II. Hochschulreform wird die SED-Hochpolitik von dienstbeflissenen Rektoren durchgesetzt, die nicht selten als „aktivistische Nazis“ (im Sinne der Entnazifizierungsbestimmungen) eingestuft werden müssen. Dies lehrt ein Blick auf die beiden größten DDR-Universitäten:

An der Spitze der Humboldt-Universität zu Berlin steht von 1952 bis 1957 der Jurist Walter Neye, der bereits am 1. Mai 1933 in die NSDAP (Mitglied Nr. 26341196) eingetreten und von 1940 bis 1945 als Referent in Hermann Görings Reichs-Luftfahrt-Ministerium tätig war⁵⁶.

Die Universität Leipzig wird von 1950 bis 1963 von dem Volkswirt Georg Mayer geleitet. Er ist geradezu ein Paradebeispiel für die Wandlungsfähigkeit eines Opportunisten: als Student in einer schlagenden Verbindung mit Schmissen

Ein Studium in der DDR ist nach der II. Hochschulreform keine Privatsache mehr, sondern erfolgt im gesellschaftlichen Auftrag der Arbeiterklasse. 20 bis 30 Studierende werden in einer staatlichen Seminargruppe zusammengeschlossen, an die der einzelne bis zum Studienabschluss gebunden bleibt. Im Rahmen der Seminargruppe soll sich das studentische Leben entfalten, einschließlich gemeinsamer Veranstaltungen in der Freizeit. Nach außen wird die Seminargruppe durch einen Seminargruppensekretär vertreten. Zum Zwecke der Kommunikation mit dem Lehrkörper wird jeder Seminargruppe ein Seminargruppenbetreuer (Professor oder wiss. Assistent) zugeteilt.

⁵³ Jürgen Kuczynski (1904-1997) entstammte einer wohlhabenden deutsch-jüdischen Professorenfamilie und studierte in Deutschland und den USA. Nach seinem Eintritt in die KPD (1930) ließ er sich zum sowjetischen Spion anwerben und emigrierte 1936 nach England. 1945 kehrte er als Oberst der US-Army nach Deutschland zurück und wurde Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Berliner Universität. – Kuczynskis jüngere Schwester Ruth Werner (1907-2000) war die sowjetische Kundschafterin „Sonja“.

⁵⁴ ZK steht hier für „Zentralkomitee der SED“

⁵⁵ Bundesarchiv SAPMO-BArch, NY 4182/933; Zitate übernommen aus S.52-54 in [Anmerkung 56]

⁵⁶ C. Jordan: Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Ch. Links Verlag Berlin 2001, S.56 ff. (ISBN 3-86153-253-0)

dekoriert, danach deutsch-nationaler Privatdozent, später „Pg“, dann SED-Genosse und Volkskammerabgeordneter, dem in der 1963er Ausgabe von Meyers Neuem Lexikon sein „hervorragender Anteil bei der sozialistischen Umgestaltung der Hochschulen der DDR“ bescheinigt werden wird.

Anderen DDR-Universitäten werden Rektoren vorgesetzt, denen man ihre „braune Vergangenheit“ nicht vorhalten kann. Eine Führungskraft anderen Couleurs ist der Hallenser Rektor jener Jahre, der international kampferprobte Kommunist und demobilisierte sowjetische Politoffizier Leo Stern.⁵⁷ Auf dem Kopfbogen des Rektors der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg schreibt dieser Rektor am 28. Okt. 1952 einen handschriftlichen Brief⁵⁸, aus dem ich zitieren möchte:

„Werter Genosse Ulbricht!

In Kürze folgende wichtige Mitteilungen:

1. Die beiliegende Predigt von Dibelius⁵⁹ wurde von meiner Sekretärin mitstenographiert. Die rot unterstrichenen Stellen wurden von D. in der Predigt besonders hervorgehoben. ...

2. Die anderen Beilagen betreffen den berüchtigten Studentenpfarrer Hamel⁶⁰, den ich dir schon vor einem Jahr signalisiert habe. Wenn diesem nicht sehr bald durch Verhaftung oder auf eine andere Art das Handwerk gelegt werden wird, kann der Schaden an unserer Universität unübersehbar werden. ...“

Tatsächlich wurde der lautere und charismatische Studentenpfarrer, den der Rektor mit Gewalt zum Schweigen bringen lassen wollte, im Februar 1953 verhaftet und monatelang in Ostberlin verhört.

Mit dem Hinweis auf Bischof Dibelius und den Hallenser Studentenpfarrer Hamel öffnen sich die Tore zu zwei weiteren aufschlussreichen Themen der DDR-Geschichte, einerseits zum Kirchenkampf in der SBZ/DDR und andererseits zur Rolle, die die Studentengemeinden, sowohl die evangelischen als auch die katholischen, für das geistige Leben an den DDR-Hochschulen gespielt haben. Diese Themen liegen aber jenseits des für den vorliegenden Aufsatz gesetzten Rahmens.

Im Juli 1952 beschloss die zweite SED-Parteikonferenz „die planmäßige Errichtung der Grundlagen des Sozialismus“ und einen „verstärkten Klassenkampf nach innen“. Die fünf Länder der SBZ wurden aufgelöst und durch vierzehn Bezirke ersetzt. Das Jahr 1953 erklärte die Partei- und Staatsführung

⁵⁷ Jonas Leib Stern wurde 1901 in einer kinderreichen kleinbäuerlichen jüdischen Familie in der Bukowina geboren, besuchte das Gymnasium in Czernowitz (heute Tscherniwzi in der Ukraine) und studierte in Wien. Als Mitglied der KPÖ nahm er 1934 am österreichischen Bürgerkrieg teil, emigrierte auf Parteibeschluss 1936 in die Sowjetunion, wohnte dort im Moskauer Hotel Lux und arbeitete in der Presseabteilung der Komintern. Er kämpfte 1937/38 in den Internationalen Brigaden in Spanien und im Weltkrieg als Politoffizier in der Roten Armee. 1945 kehrte er als sowjetischer Kulturoffizier im Range eines Oberstleutnants nach Wien zurück und gewann großen politischen Einfluss. Nach internen Auseinandersetzungen in der KPÖ wurde Stern 1950 vom Land Sachsen-Anhalt als Professor für Geschichte an die Universität Halle bestellt. Hier machte er rasch Karriere: 1951 wurde er Prorektor für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium, und er amtierte bald darauf als Rektor (bis 1959).

⁵⁸ Die mir vorliegende Fotokopie des Briefes verdanke ich Herrn Dr. Horst Hennig.

⁵⁹ Der Theologe Dr. Otto Dibelius (1880-1967) vertrat als Generalsuperintendent, evangelischer Bischof und Vorsitzender der EKD die Eigenständigkeit der Kirchen gegenüber totalitären Herrschaftsansprüchen, seien sie national-sozialistischer oder sowjet-kommunistischer Provenienz.

⁶⁰ D.theol. Johannes Hamel (1911-2002) war 1946-1955 evangelischer Studentenpfarrer in Halle, 1955-1976 Dozent für Praktische Theologie an der Kirchlichen Hochschule in Naumburg (Saale).

der DDR zum „Karl-Marx-Jahr“. Die SED-Staatsorgane durften sich während der damit verbundenen ideologischen Kampagnen der uneingeschränkten Unterstützung durch die Universitätsleitungen gewiss sein. Die 1409 gegründete Universität Leipzig hieß fortan „Karl-Marx-Universität“. Aber auch an den anderen Universitäten der DDR werden die von der Partei- und Staatsführung gewünschten Erklärungen und Selbstverpflichtungen „zu Ehren des Schöpfers des wissenschaftlichen Sozialismus“ abgegeben. In der Entschließung des erweiterten Senats der TH Dresden lesen wir u.a.:⁶¹

„Der erweiterte Senat hat sich ... in eingehender Diskussion mit den Dokumenten des ... XIX. Parteitages der KPdSU(B) vertraut gemacht. ... Die Studierenden der Technischen Hochschule werden in allen Fakultäten und ... Instituten durch die Errichtung von Karl-Marx-Ecken⁶² die Werke des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus und die ihr Fachgebiet betreffenden sowjetischen Werke propagieren.“

Die Fakten scheinen A.A. Shdanow, in den Nachkriegsjahren als Mitglied des Politbüros der KPdSU(B) für die marxistisch-leninistische Theorie zuständig, Recht zu geben. „Der moralische Druck hat sich entspannt. Wenn die Säulen gefällt sind, dann fällt der Zaun von selbst.“⁶³ Mit diesen Worten hatte Shdanow eine von ihm persönlich geleitete blutige Säuberungsaktion unter kommunistischen Funktionären in der Sowjetunion kommentiert.

In der Tat, um in das Gehege der Hochschulautonomie einzudringen und es ideologisch total zu besetzen, war es nicht erforderlich gewesen, jede Latte der Umzäunung zu brechen, sondern nur deren Stützsäulen. Deshalb wurden vor allem jene Universitätsangehörigen, die den Machthabern durch unabhängiges Denken, natürliche Autorität und aufrechten Charakter auffielen, in der SBZ und der frühen DDR zu Opfern der Sowjetdiktatur. Im sowjetisch beherrschten Teil Deutschlands wurden sie schuldlos verhaftet, heimlich verschleppt und von sowjetrussischen Militärtribunalen verurteilt. Wer in diesem Teil Deutschlands nach den Verschwundenen gefragt oder über ihr Schicksal öffentlich gesprochen hätte, der wäre als Verleumder des Sowjetsystems und damit als Feind der friedliebenden, fortschrittlichen Menschheit stigmatisiert worden und hätte für sich und seine Familie mit schlimmen Konsequenzen rechnen müssen. Deshalb war in diesem Teil Deutschlands nur äußerliches Schweigen wahrnehmbar. Das heimliche Wissen der vielen einzelnen betroffenen Familien wurde unter dem Mantel des gebotenen Schweigens und unter dem Zwang zur demonstrativen Loyalität mit den Machthabern im Laufe von Jahrzehnten nach und nach erstickt. Im anderen, größeren Teil Deutschlands war das öffentliche Interesse an den Geschichten der Betroffenen gering, und man schenkte den Aussagen der Betroffenen nur wenig Aufmerksamkeit. Diese Geschichten konnten ja nicht einmal nachprüfbar belegt werden, und sie passten auch nicht zu dem gesellschaftspolitischen Bild vom „Osten“, das in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren zunehmend durch die meisten deutschen Medien verbreitet und das an deutschen Schulen gelehrt wurde.

⁶¹ 125 Jahre Technische Hochschule Dresden. Festschrift. Herausgegeben im Karl-Marx-Jahr 1953. Dresden 1953, S.84-85

⁶² Meist mit rotem Tuch ausgelegte „Altäre“ zur Verehrung des Schöpfers des Marxismus-Leninismus.

⁶³ Dt. Übers. des Verf. aus dem Russischen (Quelle: Zeitschrift Огонек 19 (Mai 1988), S.25)

Jetzt aber liegen die Belege der sowjetrussischen Unrechtsjustiz vor, und der Russische Staat hat sehr viele Opfer des Sowjetsystems rehabilitiert, unter ihnen auch die zahlreichen unschuldigen deutschen Opfer aus dem akademischen Leben der Nachkriegsjahre, in den meisten Fällen postum. Wir Deutschen dürfen stolz sein auf unsere Landsleute, die unter der Sowjetdiktatur Opfer für die akademische und politische Freiheit gebracht haben, und wir sind es ihnen schuldig, dass die Wahrheit über ihr Tun und Leiden einen gebührenden Platz im kulturellen Gedächtnis der deutschen Nation findet. Damit erfüllen wir zugleich eine Pflicht gegenüber der heranwachsenden Generation der Studierenden, damit diese bei ihren heute und morgen zu treffenden Verhaltensentscheidungen auf Vorbilder blicken und sich an ihnen orientieren können.